24. November 2014

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 20.11.2014

Am Beginn der Sitzung des Stadtrates am 20.11.2014 standen **zwei Aktuelle Stunden**. In der durch die SPD beantragten Aktuellen Stunde ging es um **„Neuverträge mit Trägern der Kindertagesstätten mit einhergehender Erhöhung der Elterngebühren".** Das durch den Stadtelternbeirat in die politische Öffentlichkeit gebrachte Problem wird durch die Fraktionen nahezu gleichlautend bewertet. Die SPD-Fraktion hält das Ansinnen der Oberbürgermeisterin für rechtswidrig. Die LINKE. sieht bei einer 20-25%igen Steigerung die Grenze des Zumutbaren längst überschritten und ist gegen die Abwälzung von Haushaltsproblemen auf die Kita-Gebühren (siehe Redebeitrag A. Schubert). Nahezu übereinstimmend kritisierten alle Fraktionen, dass die OB - ohne Stadtrat - mit den Trägern Verhandlungen aufgenommen hat. Im Einvernehmen mit der Verwaltung wird das Problem im Jugendhilfeausschuss weiter bearbeitet werden.
Eine **zweite Aktuelle Stunde** (Einreicher CDU) beschäftigte sich mit der **Zukunft des Sports in der Stadt Gera**. Auch hier dominierte die Kritik der Stadtratsmitglieder an der Arbeitsweise der OB, welche die Verbände und Vereine unzureichend in die notwendige Überarbeitung des Sportstättenentwicklungsplanes (in Folge des Hochwassers aus 2013) einbezieht.
Beschlossen hat der Stadtrat die veränderte **Satzung der Geraer Volkshochschule** „Aenne Biermann". Mit der neu festgelegten allgemeinen **Teilnehmergebühr zum Frühjahrssemester 2015 wird eine 10%ige Steigerung zum Planansatz 2014 erreicht und damit einer Forderung aus dem Haushaltssanierungskonzept der Stadt entsprochen**.
Beschlossen hat der Stadtrat **die Vergabe von finanziellen Mitteln in Höhe von 716 T€ aus der Infrastrukturpauschale** gemäß § 21 ThürKitaG für 2015. Diese werden schwerpunktmäßig **zur Erfüllung von Auflagen des Brandschutzes sowie zur Modernisierung von Heizungs- und Sanitäranlagen eingesetzt** (Beschluss Nr. 110/2014).
Keine Mehrheit fand ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf die Auszahlung der vollen Ortspauschale auf nunmehr 17 Ortsteile entsprechen des Haushaltsplanes 2014 (29.520,-€) und einer Plansumme für den Haushalt 2015 in Höhe von 35.110,50 €. Stattdessen beschließt der Stadtrat mehrheitlich die Vergabe von nur einem Drittel der konzipierten Summe für 2014 für die Arbeit der Ortsteilräte.
Mehrheitlich **beschlossen wurde die Mitgliedschaft der Stadt Gera im Verein „ Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.".**
Die wohl heftigste Diskussion entfachte der **Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Projektes „Campus Goethe-Gymnasium Rutheneum seit 1608".** Der Standpunkt der Faktion DIE LINKE. wurde durch A. Schubert vorgetragen (siehe Redebeitrag). Damit bekräftigte die LINKE. ihre Grundsatzposition zum beschlossenen Schulbauprogramm. Ein durch sie initiierter **Änderungsantrag, dass mit diesem Grundsatzbeschluss nicht eine Entscheidung zu Lasten anderer dringender (beschlossener) Schulbauinvestitionen vorgenommen wird, fand eine breite Zustimmung durch den Stadtrat.**

Redebeitrag Andreas Schubert im Stadtrat am 20.11.2014

Thema: Aktuelle Stunde zur geplanten Erhöhung der Kita-Gebühren

Begrüßung –

Schon wieder diskutiert der Stadtrat über die Erhöhung von Kita-Gebühren, was mich an den Filmklassiker erinnert: „Und täglich grüßt das Murmeltier“
Aber die vielen Teilnehmer bei der Protestdemo beweisen: Es lebt auch noch der Widerstand; der Widerstand gegen immer höhere Kita-Gebühren in Gera und das ist auch gut so!
Denn mit dem was jetzt geplant wird - ein erneuter Gebührensprung von 20-25% ist die Grenze des Zumutbaren längst überschritten, auch deshalb, weil man die Kitafinanzierung in Gera in den vergangenen Jahren immer wieder als Steinbruch für die Haushaltssanierung benutzt hat. Für die Sanierung eines Haushalts, dessen gigantisches Defizit in diesem Jahr einen neuen Rekord von über 18 Millionen Euro erreichen wird – trotz vorläufiger Haushaltsführung und trotz der von der Oberbürgermeisterin initiierten Steuererhöhungen und weiteren Mehrbelastungen für die Einwohner in der Größenordnung von 3,5 Millionen Euro!
Jetzt also sollen wieder die Eltern gemolken werden: Aber wenn man jetzt mit diesem Vorhaben Frau Dr. Hahn wiederum die Lasten zur Haushaltssanierung auf die Familien mit Kindern konzentriert, die man neben den „allgemeinen“ Zusatzbelastungen durch Steuern-, Fahrpreis- und Gebührensteigerungen in Gera auch noch zusätzlich zur Kasse bitten will, mit rund einer halben Million Euro pro Jahr! dann wird Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Stadt endgültig zur Farce.
Es geht hier um die Frage, wie die Stadt mit jungen Familien, mit Kindern umgeht und ob das hier in diesem Stadtrat entschieden oder verwaltungsintern?
Bis zum heutigen Tag haben Sie Frau Oberbürgermeisterin es nicht für nötig gehalten uns als Stadträte aktiv zu informieren was sie mit den Trägern verhandelt haben und welche Auswirkungen dies haben wird.
Sie hatten hier vor einem Jahr die Zusage gemacht, an diejenigen, die das Haushaltssicherungskonzept im zweiten Anlauf zu einer Mehrheit verhalfen, dass jede einzelne Maßnahme dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
Vertrauen, Frau Oberbürgermeisterin, Vertrauen ist die Währung in der Politik und sie betreiben zurzeit eine Hyperinflation dieser Währung, denn sie haben Ihre Zusage gebrochen. Das kann und das darf sich der Stadtrat nicht gefallen lassen. Wir würden ansonsten einer

ständigen weiteren Gebührensteigerung außerhalb des Stadtratseinflusses Tür und Tor öffnen!
Ich fordere Sie deshalb im Namen der Fraktion DIE LINKE auf, lassen sie es bei der bisherigen Vereinbarung mit den Trägern zur Kita-Finanzierung und setzten sie neue Verträge nicht in Kraft, bevor Sie dafür ein Votum des Stadtrats erhalten – ein Votum was es nicht geben dürfte, wenn sich alle Fraktionen an ihre Zusagen vor einem halben Jahr im Comma halten keine weiteren Gebührensteigerungen initiieren zu wollen.
Eine entsprechende Erklärung hier und heute von Ihnen Frau Oberbürgermeisterin erübrigt die erneute Befassung im Stadtrat. Anderenfalls braucht es einen eindeutigen Handlungsauftrag an Sie, den wir als LINKE in der Dezember-Sitzung des Stadtrats dann thematisieren werden. Frau Dr. Hahn nutzen Sie heute die Chance und stehen Sie zu Ihrer Zusage an den Stadtrat und auch an ihre Wählerinnen und Wähler – Gera gemeinsam zu gestalten! Gemeinsam – nicht einsam!

Um es an dieser Stelle deutlich zu unterstreichen die Eltern können sich auf Zusage der LINKEN verlassen – bei uns gilt auch nach der Wahl, was vor der Wahl zugesagt wurde:
Wir wollen keine weitere Abwälzung von Haushaltsproblemen auf die Kita-Gebühren und wir werden dies auch nicht stillschweigend zur Kenntnis nehmen, sondern gemeinsam mit den Eltern mit allen Möglichkeiten versuchen dies zu verhindern hier im Stadtrat oder auch außerhalb.
Schon im Juni hatten wir zur erneuten Steuererhöhung im Stadtrat festgestellt, dass jetzt endgültig das Ende der Fahnenstange bei der weiteren Belastung der Geraerinnen und Geraer zur Haushaltssanierung erreicht ist.
Wir sind davon überzeugt, dass eine weitere Belastung der Gebührenzahlenden Eltern die Geraer Haushaltsprobleme nicht lösen sondern in ihrer Wirkung langfristig weiter verschärfen wird, wenn Eltern zunehmend das Gefühl haben, dass ihre Kinder als finanzielle Belastung für die Stadt statt als Zukunftschance wahrgenommen werden. Wir haben in Gera schon heute keine niedrigen Elterngebühren in den Kitas. Die immer wieder bemühte Vergleichsstatistik im Landesmaßstab zur Beteiligung der Eltern an den Gesamtkosten der Kitas ist schlichtweg falsch, weil sie die vom Gesetz her vorgeschriebenen Gebührenübernahmen nach §90 SGB VII durch die Stadt nicht als Elterngebühr berücksichtigt. Bei einer Berücksichtigung dieser übernommenen Elterngebühren liegt die Beteiligung der Eltern bei fast 22% der Gesamtkosten der Geraer Kitas – also weit über Landesdurchschnitt. Damit bleibt es nur ein Alibi-Argument, wenn behauptet wird, Gera müsse wegen der Verwaltungsvorschrift zur Haushaltssicherung die Gebühren anheben – mitnichten! Glauben sie das nicht!

Und Appropos SGB VIII § 90, den sollte man vielleicht hier noch mal verlesen um deutlich werden zu lassen wie fragwürdig die rechtliche Grundlage der neuen Finanzierungsverträge

„(3) Im Fall des Absatzes 1 Nummer 3 soll der Kostenbeitrag auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder ein Teilnahmebeitrag auf Antrag ganz oder teilweise vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend."

ist:

Mit der nun vorgesehen Neufassung der Verträge zur Kitafinanzierung ist vorgesehen, ein individuelles Recht auf Übernahme des Kostenbeitrags von Eltern gegenüber der Stadt mit pauschalen Sachkostenzuschüssen abzutauschen. Das ist das Ergebnis, wenn sich 2 am Tisch zu Lasten nicht beteiligter Dritter einigen. Ob dies wirklich einer rechtlichen Überprüfung standhalten würde, darf getrost bezweifelt werden. Genauso wie die Frage, ob die Ausreichung von Sachkostenzuschüssen an die freien Träger ein Geschäft der laufenden Verwaltung sein kann und der Stadtrat nicht zu befassen ist.

Zum Abschluss bleibt festzustellen: Wenn jemand die Hoffnung hatte, klammheimlich eine Erhöhung der Kita-Gebühren umzusetzen, dann hat man sich gewaltig geirrt, weil man die Rechnung ohne die Eltern und ohne den Stadtrat gemacht hat. Lassen sie Frau Oberbürgermeisterin, die Hände von den Kitagebühren!

Lassen Sie nicht immer wieder die Eltern unserer Kinder zur Kasse bitten, denn diese sind unsere Zukunft, eine andere hat Gera nicht!

Redebeitrag von Andreas Schubert im Stadtrat am 20.11.2014 zum Schulbauprogramm

Begrüßung

Liebe Geraerinnen und Geraer, es geht heute um einen Grundsatzbeschluss zur Weiterführung eines Schulbauprojekts was aber noch gar nicht begonnen wurde – die Zusammenlegung des Goethegymnasiums am Standort Burgstraße.

Um jeglichen auch konstruierten Missverständnissen – soll es ja geben - von vornherein die Grundlage zu entziehen, lassen Sie mich noch einmal die generelle Position der LINKEN zum Goethe-Campus vortragen, die sich im Übrigen in all den Jahren in keiner Weise verändert hat:

Wir stehen zu dieser Campus-Lösung, wenn sie nicht zu Lasten anderer dringend notwendiger Schulbaumaßnahmen geht, sondern das dafür benötigte zusätzliche Geld vom Land/Bund,

jedenfalls zusätzlich bereitgestellt wird. Dies begründet sich zum einen aus den schulorganisatorischen Verbesserungen, die damit erzielt werden können und zum anderen auch aus den städtebaulichen Aspekten.
Genau das war auch die Beschlusslage des Stadtrates:

Zur Erinnerung:
Am 3. September 2009 – vor über 5 Jahren – fasste der Stadtrat folgenden Beschluss:

Zitat:
„Das Goethe-Gymnasium/Rutheneum seit 1608 wird am Standort Burgstraße/Johannisplatzz/Reichsstraße zusammengelegt. Der Schulstandort Nicolaiberg 6 wird aufgegeben. Die Stadt Gera erwirbt zu diesem Zweck vom Freistaat Thüringen das ehemalige Regierungsgebäude, Burgstraße 2, und von der GWB „Elstertal“, Geraer Wohnungsbaugesellschaft mbH, die Liegenschaften Reichstraße 1a,b und errichtet einen Schulcampus für das 3-zügige Goethe-Gymnasium Gera/Rutheneum seit 1608 mit Spezialklassen für Musik.
Der Beschluss wird unwirksam, wenn die Fördermittel in der o.g. Höhe nicht innerhalb der nächsten 3 Jahre bereitgestellt werden.“

Der Stadtrat ergänzte diesen am 26.05.2011 wie folgt:
„Der Beschluss wird unwirksam, wenn die Fördermittel in der o.g. Höhe nicht bis zum Ablauf des 11. November 2014 bereitgestellt werden.“

Das Ergebnis ist bekannt: Bis heute gibt es keine finanziellen Mittel zur Realisierung des Projekts. Während das Projekt in all den Jahren immer teurer wurde (2011 Informierte der Finanzdezernent den Fachausschuss = 15 Mio. / Inzwischen geht es um 22 Mio.! - und das böse Wort vom Prestigeobjekt macht wieder die Runde) passierte auf dem Nikolaiberg nur das aller nötigste.
Wir haben heute das Ergebnis eines Architektenwettbewerbs und nicht mehr. Aber das ist viel zu wenig für die Lehrenden und Lernenden, die noch immer am Nikolaiberg mit baulichen Zuständen konfrontiert sind, die inakzeptabel sind und die vor allem immer noch nicht wissen wie lange sie das noch erdulden müssen, wann denn die Realisierung des Campus-Projekts kommen soll. Dazu sagt übrigens auch diese Vorlage nichts.
An diesem unbefriedigten Ergebnis hat auch der von Ihnen Frau Dr. Hahn eingesetzte Campusbeauftragte nichts zu ändern vermocht, dessen Notwendigkeit und Wirksamkeit ich

bis heute nicht erklären könnte, nicht nur aber auch weil er in den vergangenen Jahren nur selten für die Diskussion zum Campus-Projekt dem Bildungsauschuss zur Verfügung stand.

Zur Wahrheit an dieser Stelle gehört aber auch, dass diejenigen, wie die damalige Finanzministerin Diezel (CDU) die finanzielle Versprechen der Stadt und dem Stadtrat gegenüber zugunsten des Campus-Projekts machten, ihren Worten keine Taten folgen ließen.

Nun also heute im November 2014 soll es neue Hoffnung für den Campus geben....
Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt, wie ein russisches Sprichwort besagt.
Aber dürfen wir heute hier nur Hoffnung beschließen?
Auch wir wollen als LINKE die Chance für den Campus erhalten aber nicht um jeden Preis und vor allem dürfen wir dabei den Schüler und Lehrern keine weitere Enttäuschung herbeibeschließen:
Die Wahrscheinlichkeit, dass der Campus wirklich realisiert werden wird, hat sich in den Jahren, seitdem Sie Frau Dr. Hahn Oberbürgermeisterin unserer Stadt sind, nicht verbessert sondern immer weiter minimiert:
Das von Ihnen Frau Oberbürgermeisterin initiierte Haushaltssicherungskonzept legt fest: 0 Euro Investitionen in den kommenden Jahren in Gera – der Kollege Fraktionsvorsitzende der CDU spricht gar davon, dass dies bis 2023 gelten solle! Es gab schon wieder keine Genehmigung eines von Ihnen vorgelegten Haushaltsplans und das von Ihnen in der Vorlage bemühte Programm „Zukunftsschulen“ der Landesregierung ist nichts als ein Wahlkampfplacebo des inzwischen zum Landtagspräsidenten gewordenen vormaligen Bauministers der CDU.
Aber nun gibt es ein Bundesprogramm, was uns – möglicherweise – eine 90%ige Förderung beschert, möglicherweise. Wie die dann in diesem glücklichen Fall immer noch zu deckenden 2,2 Mio Euro Eigenmittel abzudecken sind, darüber gibt es allenfalls Ideenskizzen...

Deshalb muss klar sein, dieser Beschluss heute ist ein Versuch, die Tür zum Campus nicht zufallen zu lassen, nicht mehr und nicht weniger. Zu diesem Versuch steht DIE LINKE, aber auch heute hat unsere Prämisse bei diesem Projekt Bestand: **nicht zu Lasten anderer dringend notwendiger Schulbauinvestitionen!**
Und weil mit der Realisierung des Campusprojekts jetzt auch noch ein Grundstückstausch stattfinden soll, müssen wir doppelt vorsichtig sein. Denn wenn wir jetzt der GWB Elstertal unsere städtischen Flächen entlang der Breitscheidstraße auf dem Filetstück der Stadtmitte übertragen, wird sich der Insolvenzverwalter vielleicht freuen, weil er damit schneller einen

Käufer für die 74,9% der Gesellschaft findet, die verkauft werden sollen. Klar ist damit aber auch, wenn es zu diesem Grundstückstausch kommt, dann haben wir als Stadt entscheidende Mitwirkungsmöglichkeiten an dieser für die Stadtentwicklung so wichtigen Stelle dauerhaft verloren.
Auch deshalb darf dies alles erst wirklich vollzogen werden, wenn wir uns sicher sind, dass die Gesamt- Finanzierung für den Goethe-Campus steht. Alles andere wäre ein Vabanquespiel, das sich die Stadt nicht leisten kann. Ein Beginn ohne Ende darf es hier nicht geben, deshalb stelle ich im Namen meiner Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

Das Projekt Campus Rutheneum am Standort Johannisplatz wird auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses fortgeführt und weiterentwickelt. **Dies geschieht nicht zu Lasten anderer dringend notwendiger Schulbauinvestitionen. Ein Baustart auch von Teilprojekten erfolgt erst, nachdem eine endgültige und verbindliche Finanzierungsgrundlage zur Realisierung des Gesamtprojekts inklusive der Darstellung notwendiger Eigenmittel dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt wurde.**

Neuer Punkt 4
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine quartalsweise Berichterstattung des Campusbeauftragten im zuständigen Fachausschuss zum Stand der Umsetzung des Beschlusses sicherzustellen.
Meine sehr geehrte Damen und Herren,
die Stadt Gera hat immense Probleme seine Aufgaben als Schulträger tatsächlich zu erfüllen – alleine bei den Schulgebäuden - an verschiedenen Stellen: bei der Ausstattung der IGS, bei dem Zustand der Lehrküche der SBBS Gewerbliche Berufe usw. usf.
Vor diesem Hintergrund bräuchten wir eigentlich einen Grundsatzbeschluss dafür, endlich das zum Stillstand gekommene Schulbauprogramm insgesamt wieder aufleben zu lassen was nur mit einem Landesprogramm möglich wird und da reden wir noch nicht über weitergehende Wünsche wie. z.B. in Aga die Zahl der dauerhaften Schulstandorte wieder zu vermehren.
Wer die Gesamtsituation der Schulen in Gera im Blick behalten will, darf diesen nicht auf den Goethe-Campus verengen. Das Aufgabe lautet: Für alle Schülerinnen und Schüler an unseren allgemeinbildenden und Berufsschulen gute sächliche Lehr und Lernbedingungen zu schaffen. DIE LINKE steht zu diesem Ziel und in diesem Kontext auch zum Goethe-Campus.

Vielen Dank.